

Grüne Handschrift ausradiert

CDU und Bürgerbund stellen Magistratsvorlage zum Kraftwerksausbau auf den Kopf

Bruchköbel (ju). Für eine Überraschung sorgte bei der jüngsten Stadtverordnetenversammlung die Magistratsvorlage zum Thema Staudinger/Eon in Großkrotzenburg. Darin befand der Magistrat die Erweiterung des Kohlekraftwerks um den geplanten Block 6 für nicht raumverträglich und forderte, klimaverträglichen Alternativen den Vorrang zu geben. Da die Stadt im Rahmen des Raumordnungsverfahrens vom Regierungspräsidium zu einer Stellungnahme aufgefordert ist, bat der Grüne Stadtrat Uwe Ringel, der die Magistratsvorlage begründete, die Stadtverordneten um ihre Unterstützung. Der geplante 170 Meter hohe Kühlturm blockiere eine Kaltluftschneise, gefährde die Gesundheit und mache angesichts der schon derzeit nicht voll abzusetzenden Abwärme des bestehenden Kraftwerks wenig Sinn, führte Ringel aus.

Diese Steilvorlage ließ sich der Fraktionsvorsitzende des Bürgerbundes Bruchköbel (BBB), Alexander Rabold, nicht entgehen. Die Magistratsvorlage trage eine rein grüne Handschrift, betonte er und legte einen Änderungsantrag vor, in dem die Stadt wegen der wirtschaftspolitischen Bedeutung

den Kraftwerksausbau begrüßen solle. An die Adresse der SPD richtete er mahnende Worte. Die Sozialdemokraten sollten sich gut überlegen, ob sie dem Kurs Erich Pipas und Dr. André Kavais im Kreis folgen wollten oder sich auf die Seite der Verweigerer Ypsilanti und Scheer schlugen.

Auch die CDU legte einen Änderungsantrag vor, der in seinen vier Punkten nahezu mit dem der BBB identisch war. Wie Harald Hormel bei der Begründung erklärte, entspricht diese Erklärung dem „was wir als CDU auch im Kreis mittragen“. In der Erklärung erkennt die Stadt die Bedeutung des Standorts an und begrüßt den Ausbau. Ferner erkenne man an, hieß es in Punkt 2, dass auf absehbare Zeit nicht auf Steinkohle als Primärenergieträger verzichtet werden könne. Gleichwohl begrüße die Stadt die Errichtung eines Blocks mit nur 800 KW anstelle der Von Eon vorgesehenen 1100 KW. Zur weiteren Reduzierung von Schadstoffen und Feinstäuben werde, so Punkt 4, ein breit angelegter Ausbau des Fernwärmenetzes durch den Kraftwerksbetreiber gefordert.

Daraufhin ergriff Stadtrat Ringel erneut das Wort und verteidigte die Magistrats-

vorlage in ihrer ursprünglichen Form. Diese habe das Wohl der Bürger im Auge, CDU und BBB hingegen versuchten, die Interessen des Monopolisten Eon zu stützen. Auch Städte wie Hanau und Alzenau wehrten sich gegen den Ausbau, betonte Ringel. Und eine Region, die durch die Autobahnen 45 und 66, durch den Flughafen mit Startbahn West so stark belastet sei, vertrage keine zusätzliche Luftverschmutzung. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Perry von Wittich, gab die Abstimmung frei, da das Thema in der SPD „durchaus kontrovers diskutiert wird“ und forderte die Abstimmung über die Einzelpunkte. Für die FDP bat Gerd Jürgen Jesse um eine Sitzungsunterbrechung. Danach kündigte er an, die FDP, die selbst ebenfalls einen Antrag vorbereitet habe, werde nun beiden Änderungsanträgen zustimmen. So wurde der zuerst abgestimmte – weil weitergehende – Antrag der CDU angenommen, der des BBB (weil nun obsolet geworden) abgelehnt. Und Bürgermeister Jürgen Maibach (CDU) meldete sich nur ein einziges Mal in der ganzen Debatte mit der Ankündigung zu Wort, er erkläre damit die Magistratsvorlage für erledigt.